AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 05. JUNI 2025

GESCH.-NR.	2025-0832
BESCHLUSS-NR.	2025-80
IDG-STATUS	öffentlich

SIGNATUR	**00**	**Führung**
	00.05	**Stadtparlament (Legislative)**
	00.05.08	**Parlamentarische Vorstösse**

BETRIFFT **Postulat Simone Wegmann, Mitte, Melanie Haas, Mitte, und Mitunterzeichnende, betreffend Verpflegungsangebot in Sekundarschulen / Substantielles Protokoll**

[…]

7. Geschäft-Nr. 2025/092
Postulat Simone Wegmann, Mitte, Melanie Haas, Mitte, und Mitunterzeichnende, betreffend Verpflegungsangebot in Sekundarschulen - Begründung / Überweisung

VORSTOSS

Simone Wegmann, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes und Melanie Haas, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes, und Mitunterzeichnende, reichen mit Schreiben vom 8. Mai 2025 nachfolgendes Postulat bei der Geschäftsleitung des Stadtparlamentes ein (STAPA-Geschäft-Nr. 2025/092):

ANTRAG

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, Verpflegungsautomaten in unseren Sekundarschulhäusern anzubieten.

BEGRÜNDUNG

Eine ausgewogene Ernährung spielt eine entscheidende Rolle für das Konzentrationsvermögen und die Gesundheit von Jugendlichen. Die Sekundarschulen in der Stadt Illnau-Effretikon bieten derzeit keine eigenen Verpflegungsmöglichkeiten an. Dies führt dazu, dass Schülerinnen und Schüler oft auf weniger gesunde Alternativen wie zum Beispiel Snacks oder fertige Mahlzeiten aus Supermärkten zurückgreifen.

Für viele Eltern ist es aufgrund beruflicher Verpflichtungen nicht immer möglich, ihren Kindern täglich ein ausgewogenes Mittagessen vorzubereiten. Gleichzeitig haben nicht alle Jugendlichen die Möglichkeit, für die Mittagszeit nach Hause zu gehen. Häufig bleibt zudem kaum Zeit, sich ausserhalb der Schule anderweitig eine nahrhafte Mahlzeit zu besorgen, da der Stundenplan die verfügbare Zeit oft stark begrenzt.

Umfrageergebnisse:
Um das Bedürfnis der Schülerinnen und Schüler abzuholen, wurde über die Offene Jugendarbeit Illnau-Effretikon im Rahmen des Engage 2023/24 eine Umfrage mit knapp 100 Teilnehmenden durchgeführt.

Stadthaus
Märtplatz 29
Postfach
8307 Effretikon

Telefon 052 354 24 16
praesidiales@ilef.ch
www.ilef.ch
facebook.com/stadtilef

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 05. JUNI 2025

GESCH.-NR. 2025-0832
BESCHLUSS-NR. 2025-80

Die Ergebnisse zeigen ein klares Interesse an einem Verpflegungsangebot: 70 Personen befürworten die Einführung solcher Automaten – über die Mittagszeit besteht der grösste Wunsch nach warmem Essen, während in den Pausen vor allem Snacks bevorzugt werden.

Gemäss Artikel 20a VSG (Volksschulgesetz des Kantons Zürich) sind die Gemeinden gesetzlich verpflichtet, bedarfsgerechte Tagesstrukturen für Schülerinnen und Schüler der Volksschule bereitzustellen. Dies umfasst auch die Sekundarstufe 1 (Sekundarschule). Ein Mittagstisch zählt zu den häufigsten Betreuungsformen und muss angeboten werden, wenn ein entsprechender Bedarf besteht.

Ein Verpflegungsautomat, wie ihn Anbieter wie FelFel anbieten könnten, stellt eine zeiteffiziente Möglichkeit dar, frische und gesunde Mahlzeiten bereitzustellen. Beispiele dafür könnten Salate, Sandwiches und andere nahrhafte Optionen sein. Verpflegungsautomaten bieten gegenüber einer eigenen Kantine/Mittagstisch, aber auch gegenüber einer Warm-Anlieferung erhebliche Einsparungen von Betriebskosten und bringen zudem grosse Flexibilität.

Diese Automaten würden nicht nur den Schülerinnen und Schülern, sondern auch den Lehrpersonen eine attraktive und praktische Lösung für eine Verpflegung vor Ort bieten. Gerade für Lehrkräfte, die in den Mittagsstunden keine Zeit haben, um ausserhalb der schule eine Mahlzeit zu besorgen, wären die Automaten ein wertvolles Angebot.

Ein Pilotprojekt könnte die logistischen und finanziellen Aspekte sowie die Akzeptanz eines solchen Angebotes bei Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften evaluieren. Nach Abschuss des Pilotprojektes wäre eine detaillierte Auswertung wünschenswert, um über eine mögliche Ausweitung des Angebotes beziehungsweise über ein fixes Angebot, sowie die Preisgestaltung mit einer allfälligen Subventionierung zu entscheiden.

URHEBER:	Simone Wegmann, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes und Melanie Haas, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes
MITUNTERZEICHNENDE:	Annina Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes Leonie Antweiler, SP, Mitglied des Stadtparlamentes Kajsa Bornhauser, SP, Mitglied des Stadtparlamentes Arie Bruinink, Grüne, Mitglied des Stadtparlamentes Marianne Isler, EVP, Mitglied des Stadtparlamentes Tamara Kuhn, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes Dominik Mühlebach, SP, Mitglied des Stadtparlamentes Simone Schädler, EVP, Mitglied des Stadtparlamentes
EINGANG GESCHÄFTSLEITUNG:	08.05.2025

FORMELLES

Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Postulat taxiert. Eine Überprüfung der Geschäftsleitung des Stadtparlaments ergab, dass der Vorstoss die einschlägigen Vorschriften, wie sie an Postulate gemäss Art. 41 ff der Geschäftsordnung des Stadtparlamentes GeschO STAPA gestellt werden, einzuhalten vermag.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 05. JUNI 2025

GESCH.-NR. 2025-0832
BESCHLUSS-NR. 2025-80

PLENARDEBATTE
SIMONE WEGMANN, MITTE
POSTULANTIN/VORSTOSS-URHEBERIN

Simone Wegmann, Mitte, freue sich sehr, dass sie heute zu diesem Postulat zum Verpflegungsangebot an den Sekundarschulen sprechen dürfe.

Die Postulatsurheberinnen hätten sich in den vergangenen zwei Jahren – oder etwas mehr – intensiv Gedanken darüber gemacht, was sinnvoll wäre, um das aus ihrer Sicht bestehende Defizit anzugehen. Diese Überlegungen wolle sie dem Parlament nun darlegen.

Vor etwas mehr als zwei Jahren – als ihre eigenen Kinder noch klein gewesen seien und die Primarschule besucht hätten – sei ihr aufgefallen, dass es an den Sekundarschulen, im Gegensatz zu den Primarschulen mit ihrem Mittagstischangebot, keine strukturelle Mittagsverpflegung gebe.

Im Austausch, auch mit jüngeren Kolleginnen und Kollegen – etwa mit Melanie Haas, die Mitinitiantin des Postulates – habe sie festgestellt, dass zwar gewisse Angebote vorhanden seien, etwa in Form von Take-away-Angeboten beim nahegelegenen Coop oder Migros. Diese Situation aber gestalte sich aus ihrer Sicht wenig ansprechend – insbesondere, wenn man sehe, dass die Angebote auf Primarstufe laufend an veränderte Bedürfnisse angepasst und erweitert würden.

Sie haben sich gefragt, warum dieses Bedürfnis in der Sekundarstufe weniger ernst genommen werde. Es gebe klare Gründe, weshalb ein solches Angebot nötig sei. So seien beispielsweise die Stundenpläne häufig so gestaltet, dass eine Rückkehr nach Hause über Mittag für viele Schülerinnen und Schüler gar nicht möglich sei – sei es aufgrund der kurzen Pausen oder der geografischen Distanz. Zudem finde sich zu Hause nicht bei allen jemand, der ein Mittagessen zubereite – oder nicht alle Jugendlichen könnten oder wollten selbst kochen.

Der Bedarf sei mindestens auf Primarstufe unbestritten gross – mit doppelten Mittagstisch-Sessions und ausgebauter Frühbetreuung als Folge. Die Bedürfnisse hätten sich verändert, und auf der Primarstufe habe man darauf reagiert. Aus ihrer Sicht werde der Bedarf in der Sekundarstufe derzeit deutlich unterschätzt.

Sie wolle zudem auf den gesetzlichen Rahmen verweisen: Die Gemeinden seien verpflichtet, bedarfsgerechte Tagesstrukturen für die Volksschule anzubieten – wozu auch die Sekundarstufe I (erste bis dritte Oberstufe) gehöre. Zwar werde dies häufig mit einem allgemeinen Hinweis auf eine Form von Mittagstisch beantwortet – sei es mit oder ohne Betreuung –, doch aus ihrer Sicht bedürfe es einer echten Bedarfsplanung. Gerade in der Sekundarstufe mit älteren Schülerinnen und Schülern erscheine dies vielleicht aufwändiger, aber der gesetzliche Auftrag sei klar und solle ernst genommen werden.

Um das Anliegen zu untermauern, haben sie sich nicht auf Vermutungen verlassen wollen. Da bislang keine brauchbaren Umfrageergebnisse vorhanden gewesen seien, schlossen sie sich dem Engage-Prozess 2023/24 an, bei dem Jugendliche ihre Anliegen einbringen konnten. Dort sei unter anderem das Thema Mittagsverpflegung auf Sekundarstufe als wichtiges Bedürfnis identifiziert worden. Basierend darauf habe man eine Umfrage am Schulhaus Watt durchgeführt, an der rund 100 Jugendliche teilgenommen hätten. Die Ergebnisse hätten gezeigt: Eine Mehrheit wünsche sich ein Verpflegungsangebot direkt vor Ort, viele auch warme Mahlzeiten, daneben aber auch Snacks für den Vormittag oder Nachmittag. Der Bedarf sei also klar vorhanden – man habe sich dies nicht einfach ausgedacht.

Auch ein Blick in andere Gemeinden zeige, dass entsprechende Angebote existierten. Zwar nicht immer in Form eines klassischen Mittagstisches, aber mit Kooperationen, etwa mit Berufsschulen, oder durch Nutzung bestehender Verpflegungsstrukturen. Sie sei der Meinung, man solle hier nicht hinter anderen Gemeinden zurückbleiben, sondern ebenfalls ein adäquates Angebot schaffen.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 05. JUNI 2025

GESCH.-NR. 2025-0832
BESCHLUSS-NR. 2025-80

Natürlich sei klar, dass der Bau einer neuen Mensa oder Kantine zu aufwendig und kostenintensiv wäre. Auch Betreuungspersonal werde auf Sekundarstufe erfahrungsgemäss weniger benötigt, was Kosten spare. Die Initianten habe sich deshalb intensiv überlegt, wie ein Verpflegungsangebot effizient und ressourcenschonend realisiert werden könne. Die Idee – und Grundlage des Postulats – sei, dies mittels Verpflegungsautomaten zu tun, als ein Beispiel. Diese funktionierten ohne Betreuung und ohne zusätzliches Personal. Moderne Automaten böten mittlerweile auch gesündere Alternativen – was ebenfalls ein Anliegen sei: gesund, saisongerecht, aktuell und bedarfsgerecht solle das Angebot sein. Zudem wäre es wünschenswert, wenn keine grösseren baulichen Anpassungen nötig seien – eine einfache Integration wäre hier ideal.

Dieses Modell bringe viele Vorteile mit sich. Neben der gesünderen Ernährung – was bekanntlich auch die Konzentrationsfähigkeit verbessere – stelle es eine Wahlmöglichkeit dar. Selbst wenn die Jugendlichen das Angebot nicht täglich nutzten, hätten sie immerhin die Möglichkeit dazu. Auch für Lehrpersonen könnte dies ein Gewinn sein, da auch ihnen derzeit kaum ein breites Verpflegungsangebot zur Verfügung stehe.

Aus Sicht ihrer Fraktion gehe es dabei zudem um Gleichstellung zwischen Primar- und Sekundarstufe – ein zusätzlicher Beitrag zur Chancengleichheit: Egal ob ein Kind über Mittag nach Hause könne oder nicht – es solle die Möglichkeit haben, sich gesund zu verpflegen.

Warum eine Testphase? Man wolle keine überhastete Entscheidung, sondern beantrage im Rahmen des Postulates die Prüfung zur Einführung von Verpflegungsautomaten im Rahmen eines Pilotprojektes. So könne überprüft werden, ob das Angebot den Erwartungen entspreche, ob es den Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht werde – und ob es gegebenenfalls auch längerfristig umgesetzt werden solle.

Teil der Prüfung solle auch ein Preismodell sein – eine faire und realistische Preisgestaltung. Ziel sei, durch das Pilotprojekt eine fundierte Grundlage für die Entscheidungsfindung zu schaffen. Wenn Tagesstrukturen an den Primarschulen weiter ausgebaut werden, dürfe die Sekundarstufe dabei nicht vergessen gehen.

Sie hoffe auf breite Unterstützung für dieses Anliegen – damit auch die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe künftig besser versorgt seien.

Der Parlamentspräsident bittet den Stadtrat in Anwendung von Art. 42 Abs. 3 GeschO STAPA bekanntzugeben, ober er gedenke, den Vorstoss entgegenzunehmen.

ERKLÄRUNG DES STADTRATES
STADTRAT SAMUEL WÜST, SP, RESSORT BILDUNG

Stadtrat Samuel Wüst, SP, Ressort Bildung, erklärt namens des Stadtrates Bereitschaft, das Postulat entgegenzunehmen.

Parlamentspräsident Simon Binder, SVP, fragt das Parlament an, ob Bedarf zur Eröffnung einer Diskussion besteht, was durch einzelne Mitglieder angezeigt wird. Die Diskussion kann in Anwendung von Art. 42 Abs. 4 GeschO STAPA nach erfolgtem Beschluss eröffnet werden. Das Stadtparlament gibt einem solchen Antrag grossmehrheitlich statt.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 05. JUNI 2025

GESCH.-NR. 2025-0832
BESCHLUSS-NR. 2025-80

ALLGEMEINE DEBATTE
TAMARA KUHN, SVP

Tamara Kuhn, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, erklärt, dass man in der SVP-Fraktion zum vorliegenden Postulat geteilter Meinung sei.

Es solle geprüft werden, welche Alternativen angeboten werden könnten. Dass in der heutigen Zeit nicht mehr alle Jugendlichen über Mittag nach Hause gehen könnten oder wollten, liege teils an den Stundenplänen, sicher aber auch am gesellschaftlichen Wandel.

Um genau diesen Jugendlichen dennoch eine gesunde und ausgewogene Ernährung zu ermöglichen, würden sich solche Verpflegungsautomaten anbieten. Über eine langfristige Umsetzung oder eine allfällige Verlängerung einer Pilotphase müsse jedoch zwingend zu gegebener Zeit nochmals diskutiert werden.

In erster Linie stelle sich nun die Frage, ob man den Jugendlichen diese Möglichkeit überhaupt bieten wolle – oder nicht. Grundsätzlich sei die SVP-Fraktion der Auffassung, dass die Ernährung in erster Linie in den Verantwortungsbereich der Erziehungsberechtigten falle. Es solle aber Unterstützungsmöglichkeiten geben – gerade dann, wenn nicht jederzeit zu Hause gekocht werden könne oder wenn der Heimweg über Mittag schlicht nicht zumutbar sei.

Allerdings sei für die SVP ebenso klar: Eine solche Unterstützung mittels Automaten dürfe nicht über Steuergelder subventioniert werden. Der Betrieb müsse kostendeckend und selbsttragend erfolgen. Ohne kostendeckende Lösung sei ein solches Modell aus Sicht der SVP keine tragfähige Variante und könne in dieser Form auch nicht unterstützt werden.

Aus diesem Grund – so betone sie nochmals – sei die Fraktion in dieser Frage gespalten und werde das Postulat sowie dessen weitere Entwicklung aufmerksam beobachten.

MAXIM MORSKOI, SP

Maxim Morskoi, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, denke, es sei an der Zeit, dass man über so etwas nachdenke.

Es sei völlig klar, dass Jugendliche in einer gesunden Entwicklung auch gutes Essen benötigten. Was ihn an dem Vorstoss ein wenig gestört habe – und was auch Tamara Kuhn angesprochen habe – wer A sage, müsse auch B sagen. Am Ende werde ein Automat aufgestellt – aber wenn dieser kostentragend betrieben werden müsse, sei das Essen relativ teuer. Dann entstehe die Situation, dass man sich zu Hause für dasselbe Geld oft besser und gesünder verpflegen könne – und genau darin liege das Problem.

Er habe das selbst erlebt: Er habe zwei Jahre in einem Unternehmen gearbeitet, in dem es ein grossartiges, ausgewogenes Verpflegungsangebot gegeben habe. Die Menüs seien sehr fein gewesen, gut gekocht, mit hoher Qualität – aber das gute Menü habe eben auch 15 Franken gekostet.

Dann stelle sich die Frage, ob es einem das wert sei – beziehungsweise, ob man von den Eltern verlangen wolle, dass sie das bezahlen müssten. Denn wenn man das verlange, entstehe keine echte Gleichberechtigung: Gutverdienende könnten sich das leisten, andere vielleicht nicht. Seine Eltern hätten sich das leisten können – aber andere Familien, in denen die Eltern über Mittag arbeiteten und nicht zu Hause kochen könnten, hätten womöglich nicht die gleichen Mittel.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 05. JUNI 2025

GESCH.-NR. 2025-0832
BESCHLUSS-NR. 2025-80

Dementsprechend wäre es für die SP – und auch für ihn persönlich – durchaus eine Überlegung wert, ob eine Subventionierung des Angebots sinnvoll wäre. Damit es günstiger werde – und alle Jugendlichen es nutzen könnten. Das wäre aus seiner Sicht sehr wünschenswert. Er sei deshalb gespannt, wie die Auswertung des Pilotprojektes ausfallen werde – und insbesondere, was die beiden Initiantinnen bzw. ihre Parteien am Ende dazu sagen würden.

Zudem habe er sich selbst gefragt – auch aus eigener Erfahrung als Jugendlicher: Er sei ebenfalls im Schulhaus Watt zur Schule gegangen, habe nicht immer nach Hause gehen können, weil seine Eltern gearbeitet hätten. Damals habe es verschiedene Lösungen gegeben – etwa einen Raum mit einer Mikrowelle, die von sechs Schülerinnen und Schülern genutzt worden sei, die über Mittag in der Schule geblieben seien. Es sei gemütlich gewesen, man habe sich arrangiert.

Wie er inzwischen gehört habe, sei es im Schlimperg allerdings etwas anders – dort seien sehr viele Jugendliche über Mittag anwesend, weshalb der Platz eng werde. In solchen Fällen könne eine Mensa oder eine Tagesschulstruktur womöglich sinnvoller sein als ein Automat. Dennoch unterstütze er selbstverständlich auch den Vorschlag mit dem Automaten.

Und zuletzt – ja, wie man sehe, sei er selbst in alle Himmelsrichtungen ziemlich gewachsen (*Gelächter*). Vielleicht hätte es ihm gutgetan, wenn er in der Sekundarschule ein gesundes Essen aus einem Automaten hätte kaufen können. Wenn er damals von seiner Mutter 15 Franken fürs Mittagessen bekommen hätte, wäre er eher in die Kebab-Ecke gegangen – und hätte sich dort etwas geholt. Es sei schwierig, wenn man Jugendlichen einfach Bargeld in die Hand gebe.
Deshalb gebe es heute auch andere Möglichkeiten – etwa mit einem Badge-System, bei dem die Eltern nur einen bestimmten Betrag aufladen könnten, der ausschliesslich beim Automaten eingelöst werden dürfe. Solche Modelle gebe es durchaus – und darüber müsse man weiter nachdenken.

Er – und auch die SP – würden das Postulat unterstützen und seien sehr gespannt, wie es sowohl im Watt als auch im Hagen umgesetzt werde.

DANIEL HUBER, SVP

Als *Daniel Huber, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes*, den Titel des Postulates gelesen habe, sei er zunächst gespannt gewesen. Doch nachdem er den Antrag und die Begründung gelesen habe, seien ihm folgende Punkte durch den Kopf gegangen:

Punkt 1: Kosten.
Das Ganze werde wohl mit erheblichen Ausgaben verbunden sein.

Punkt 2: Vandalismus.
Dies sei bereits heute ein grosses Problem in Schulhäusern – selbst bei WC-Türen und bestehenden WC-Anlagen. Wenn man einen solchen Automaten aufstelle, könne man wohl davon ausgehen, dass dieser kaum eine Woche unbeschädigt bleibe – leider.

Punkt 3: Grundsatzfrage.
Sei es wirklich die Aufgabe der Stadt, die Verpflegung für Schülerinnen, Schüler und Lehrpersonen sicherzustellen?

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 05. JUNI 2025

GESCH.-NR. 2025-0832
BESCHLUSS-NR. 2025-80

Punkt 4: Ernährungsgewohnheiten.
Gesund klinge zwar gut, aber – wie bereits Maxim Morskoi gesagt habe – wenn Jugendliche ein paar Franken von ihren Eltern erhielten, würden sie mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht zum Automaten gehen, um ein Ebli-Menü mit Biogemüse zu kaufen.

Dann sei da auch noch der abschliessende Hinweis auf eine mögliche Subventionierung – und gegen eine solche sei er selbstverständlich ganz klar. Für ihn sei dieser Vorstoss ein klassisches Nice-to-have, jedoch zum falschen Zeitpunkt – gerade jetzt, wo die Stadt mit einem Sparpaket konfrontiert sei. Ja, man höre richtig: Nicht die ganze SVP-Fraktion spreche sich für eine Überweisung des Postulats aus. Er selbst, als langjähriger Stadtparlamentarier, sehe dabei vor allem eines: hohe Kosten. Er gehe stark davon aus, dass die beantragte Pilotphase mit grosser Wahrscheinlichkeit – zu 95 Prozent – durch den Stadtrat verlängert werde. Und genau das werde dann richtig viel Geld kosten.

Nach der letzten Sitzung habe Simone Wegmann seine Meinung abgeholt. Und er habe ihr gesagt, dass er nicht glaube, dass das günstig werde. Auch die Pilotphase nicht. Man gehe zwar davon aus, das koste ja kaum etwas – man teste es ja nur. Aber genau das verstehe er nicht. Schon die Einreichung und Bearbeitung dieses Postulats habe Geld gekostet. Er habe sich trotzdem die Zeit genommen, die im Postulat erwähnte Beispielfirma etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Die Homepage sei durchaus spannend. Die Firma FelFel übernehme «alles», ganz und ohne Aufwand für Personal oder Lehrkräfte vor Ort. Es gebe keine Mindestabnahme, lediglich eine monatliche Gebühr.

Nach weiteren Recherchen sei jedoch klar geworden: Die Kosten beliefen sich auf rund 20'000 Franken pro Jahr und Automat. Er glaube nicht, dass man mit nur einem Automaten eine glaubwürdige Pilotphase durchführen könne. Es gebe schliesslich verschiedene Schulanlagen – andernfalls entstehe sofort die Frage, wer bevorzugt werde. Ein Automat allein genüge also nicht.
Wenn man sich die Kundenrezensionen ansehe, finde man etwa Rückmeldungen vom Weid-Spital, vom Marriott oder von der AMAG. Aber von Schulen gebe es keine einzige Bewertung.

Man wäre also wohl ein Vorreiter – aber angesichts der genannten Referenzbetriebe sei auch offensichtlich: Dort spiele es keine so grosse Rolle, was ein Menü koste.

Aus all diesen genannten Gründen, so halte er fest, könne er dieses Postulat nicht unterstützen – und er empfehle auch dem Parlament, auf eine Überweisung zu verzichten.

KATHARINA MORF, FDP

Katharina Morf, FDP, Mitglied des Stadtparlamentes, nehme als ehemalige Schulpflegerin von Illnau-Effretikon, die während 14 Jahren in der Schulpflege tätig gewesen sei – davon zehn Jahre an der Oberstufe und im BVJ – gerne Stellung zu diesem Postulat.

Das vorliegende Postulat fordere einen Verpflegungsautomaten, der frische und gesunde Mahlzeiten auf Knopfdruck anbiete. Die Umfrage vom März 2024 über ein Mittagstischangebot halte sie für überholt – so leid es ihr tue, Simone. Die meisten der befragten Schülerinnen und Schüler seien inzwischen nicht mehr an der Schule, da sie die Volksschule bereits abgeschlossen hätten. Selbstverständlich gebe es einen Wunschbedarf – das bestreite sie nicht.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 05. JUNI 2025

GESCH.-NR. 2025-0832
BESCHLUSS-NR. 2025-80

Bereits vor Jahren, als sie noch in der Schulpflege tätig gewesen sei, habe man immer wieder verschiedene Modelle eines Mittagstischangebotes an der Oberstufe getestet. Man habe Umfragen durchgeführt, Versuche gestartet – unter anderem sei auch im Jugendhaus einmal ein Mittagstisch angeboten worden, der von Jugendlichen genutzt worden sei. Allerdings: nicht allzu gross. Vor allem die jüngeren Schülerinnen und Schüler der Oberstufe hätten das Angebot wenig genutzt, und bereits nach kurzer Zeit habe kein nennenswerter Bedarf mehr bestanden.

Die Oberstufe verfüge bereits seit vielen Jahren über einen Mittagstischraum, der mit Mikrowelle, Kochutensilien, Essplätzen und einer gemütlichen Sitzgruppe gut ausgestattet sei. Dieser Raum werde – gegen Bezahlung – von zwei Schülerinnen und Schülern betreut. Eine verantwortliche Lehrperson sei im Schulhaus anwesend. Es sei einfach eine Tatsache, dass sich Jugendliche in diesem Alter – im Teenageralter, in dem sie sich bewusst von den Erwachsenen abgrenzen wollten – über Mittag lieber zum Coop oder anderswohin begäben. Wie Maxim Morskoi bereits erwähnt habe, holten sie sich dort eine Pizza oder einen Döner, essen unterwegs, hielten sich auf dem Pausenplatz auf oder gehen in den Mittagstischraum. Die Schulleitung habe ihr letzte Woche bestätigt – man könne sich nicht erinnern, dass die Postulantinnen zu diesem Thema überhaupt nachgefragt hätten.

Wenn sie dann weiterlese, empfinde sie es als ziemlich gewagt, dass im Postulat plötzlich auch noch von den Lehrpersonen die Rede sei. So werde argumentiert, diese hätten während der Mittagszeit keine Gelegenheit, sich Essen zu besorgen. Für sie sei das ein klassisches Beispiel von Äpfel mit Birnen vergleichen. Daniel Huber habe – zu Recht –betont, dass die Volksschule nicht für die Verpflegung der Lehrpersonen zuständig sei.

Die Lehrpersonen hätten zudem beim Umbau vor drei oder vier Jahren eine voll ausgestattete Küche im Teamzimmer erhalten – und diese werde rege genutzt. Die meisten brächten ihr Essen mit, kochten gemeinsam, assen zusammen. Und wenn eine Lehrperson über Mittag nur wenig Zeit habe, müsse sie – wie viele Menschen in der Privatwirtschaft – damit umgehen können. Zudem dürfe man nicht vergessen, dass Lehrpersonen Lunch-Checks erhielten.

Das im Postulat geforderte Angebot solle nach einer Pilotphase durch die Stadt subventioniert werden. Doch laut ihren Recherchen – was auch bereits erwähnt worden sei – koste ein solcher Automat der erwähnten Firma 20'000 Franken jährlich an Grundgebühren. Man rechne mit zwei bis vier Automaten an den Standorten Watt und Hagen – das wären grob geschätzt bis zu 80'000 Franken pro Jahr. Diese Summe würde höchstwahrscheinlich von der Stadt finanziert – also vom Steuerzahler. Das sei aus ihrer Sicht nicht Aufgabe der öffentlichen Hand. Wenn dann im Postulat gar noch von «erheblichen Einsparungen bei den Betriebskosten» gesprochen werde, finde sie das gelinde gesagt unglaublich.

Nach ihren Abklärungen stelle sie fest: Die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler an der Oberstufe wolle selbst entscheiden, wo und wie sie sich während des Schulalltags verpflegten. Diese Erfahrung decke sich mit ihren eigenen.

Und zu guter Letzt erlaube sie sich noch eine Anmerkung: Die Jugendlichen in diesem Alter seien sehr selbstständig – sie bewegten sich sicher in sozialen Medien, könnten selbstständig urteilen, seien freizeittechnisch aktiv – und das sei gut so. Aber dann solle man ihnen plötzlich nicht zutrauen, sich am Vorabend selbstständig eine kleine Mahlzeit vorzubereiten, Essensreste von zu Hause mitzunehmen oder beim Detailhändler ein günstiges Fertiggericht zu kaufen – das zudem billiger sei als das Angebot aus dem Automaten?

Spätestens an diesem Punkt, so meine sie, müsse allen klar sein: Die FDP/JLIE-Fraktion werde dieses Postulat nicht überweisen.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 05. JUNI 2025

GESCH.-NR. 2025-0832
BESCHLUSS-NR. 2025-80

URBAN JORDAN, SVP

Urban Jordan, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, würde es bevorzugen, dem Stadtrat eine andere Empfehlung auszusprechen. Er würde ihn lieber darum bitten, die Möglichkeit zu prüfen, ob die vorhandenen Infrastrukturen – etwa im Schulhaus Watt, wo man ja bereits gearbeitet habe – nicht konsequenter dem Mittagstisch zur Verfügung gestellt werden könnten.

Stattdessen habe man andere Nutzungen, wie etwa eine Ludothek, in Räumlichkeiten vorgesehen, die ursprünglich für den Mittagstisch gedacht gewesen seien. Derzeit müssten die Schülerinnen und Schüler des Mittagstisches in einem Raum essen, in dem lediglich ein Spülbecken vorhanden sei, ergänzt durch zwei Mikrowellen. Das Abwaschen sei dort allerdings äusserst schwierig.

Er sei der Meinung, dass man die gesunde Ernährung der Jugendlichen wesentlich besser fördern könne, wenn man auf eine solche funktionale Infrastruktur setze – anstelle von Automaten.

Was er darüber hinaus noch besonders betonen wolle: Gerade in der Oberstufe sei es wichtig, dass die Jugendlichen zunehmend selbstständig würden. Wie auch Katharina Morf erwähnt habe, sollten sie sich am Vorabend durchaus selbst eine kleine Mahlzeit zubereiten oder vom gemeinsamen Familienabendessen Reste mitnehmen dürfen.

Dies fördere die Eigenständigkeit der Jugendlichen wesentlich stärker – und genau das halte er für enorm wichtig.

RALF ANTWEILER, GLP

Ralf Antweiler, GLP; Mitglied des Stadtparlamentes, teilt dem Plenum mit, dass die GLP-Fraktion dieses Postulat unterstützen werde.

Im Postulat sei der Antrag formuliert, zu prüfen, ob ein solcher Automat aufgestellt werden könne – und er wolle dafür werben, diesen Prüfauftrag etwas weiter zu fassen.

Er wünsche sich, dass der Stadtrat nicht nur den Automaten prüfe, sondern insgesamt betrachte, wie die Mittagsverpflegung an den Sekundarschulen grundsätzlich gestaltet werden könnte. Man sei in der Fraktion der Meinung, dass es durchaus wünschenswert sei, wenn Kinder und Jugendliche Essen von zu Hause mitbrächten – und natürlich werde das auch heute nicht verwehrt. Aber: Wer das nicht tue, gehe heute meist in den Coop oder zum Kebabstand – und das seien wohl kaum die gesünderen oder sinnvolleren Alternativen. Fakt sei: Es gebe verschiedene Arten, wie das Mittagessen heute stattfinde – gute und weniger gute.

Fakt sei aber auch, dass es einen gesellschaftlichen Wandel gebe, den man nicht ignorieren könne. Die Familienstrukturen hätten sich verändert – und es sei eben nicht mehr überall selbstverständlich, dass die Kinder über Mittag zu Hause essen könnten. Das sehe man auch in der Primarschule, wo es inzwischen ein ausgebautes Angebot gebe.

Er sei der Meinung, es sei nun an der Zeit, sich dieser Frage ernsthaft zu widmen: Brauche es ein Angebot? Wenn ja, wie solle es aussehen? Welche Auswirkungen hätte es? Könnte ein Automat eine sinnvolle Ergänzung sein? Dies müsse man auch mit Blick auf Kosten und Preisgestaltung betrachten: Wer könne sich ein solches Menü am Ende leisten? Wie hoch wäre der Preis, wenn der Betrieb kostendeckend sein müsse? Und wäre das dann überhaupt noch sinnvoll – oder nicht mehr für alle zugänglich?

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 05. JUNI 2025

GESCH.-NR. 2025-0832
BESCHLUSS-NR. 2025-80

Aus diesen Gründen wolle die GLP-Fraktion das Postulat überweisen – mit der Einladung an den Stadtrat, die Fragestellung weiter zu denken und eine ganzheitliche Betrachtung der Verpflegungssituation an der Sekundarstufe vorzunehmen. Es lohne sich, diese Thematik jetzt grundlegend anzuschauen – und dabei auch soziale, organisatorische und finanzielle Aspekte mitzudenken.

SIMONE SCHÄDLER, EVP

Simone Schädler, EVP, Mitglied des Stadtparlamentes, schliesse sich Ralf Antweiler an. Die EVP sei ebenfalls der Ansicht, dass es sich um ein Postulat handle, bei dem es lediglich um eine Prüfung gehe – man verschenke sich damit nichts.

So wie es nicht Aufgabe der Stadt sei, das Mittagessen der Schülerinnen und Schüler in Illnau-Effretikon zu finanzieren, sei sie auch der Meinung, es sei nicht Aufgabe des Parlamentes, darüber zu befinden, wie Eltern ihre Kinder erziehen – ob sie nun selbst kochten oder den Kindern Geld fürs Mittagessen mitgäben. Selbstständigkeit, so betone sie, entstehe nicht allein dadurch, dass man abends zu Hause koche. Bei Kindern und Jugendlichen sei Selbstständigkeit ein vielschichtiger Begriff, der auf unterschiedliche Weise gefördert werden könne.

Diese Grundsatzdiskussion über Erziehung – insbesondere bei älteren Jugendlichen – wolle sie in diesem Zusammenhang gerne ausgeklammert wissen.

Diese gehöre nicht ins Parlament, sondern in die individuelle Verantwortung der Erziehungsberechtigten.

KILIAN MEIER, MITTE

Kilian Meier, Mitte, Mitglied des Stadtparlamentes, stellt die Situation so dar: wenn bei einer blossen Idee bereits eine SVP oder eine FDP vor untragbaren Staatskosten warne und gleichzeitig eine SP von Subventionen träume, dann liege die Wahrheit wahrscheinlich irgendwo in der Mitte.

Das Postulat, das aus seiner Fraktion stamme, sei nicht aus Langeweile entstanden, nach dem Motto: «Was könnte man noch machen?» – sondern es basiere auf einer Umfrage. Diese habe eine Bevölkerungsgruppe einbezogen, die sonst nicht direkt im politischen Prozess vertreten sei: Kinder und Jugendliche.
Nun könne man sagen, diese Umfrage sei obsolet – aber er wisse nicht, ob sie das wirklich sei. Melanie Haas sei im vergangenen August in der Schule gewesen, im Schülerrat mit der Sozialkultur – und wenn nicht alle zwei Klassen seither übersprungen hätten, sei sicher noch ein Teil dieser Schülerinnen und Schüler heute dort.

Und selbst wenn: Die Zusammensetzung der Schülerschaft ändere sich nicht vollständig von einer Generation zur nächsten. Wenn man also sage, diese Umfragen seien veraltet, weil sich die Schüler laufend änderten, dann solle man auch nicht selbst von früheren Testphasen eines Mittagstischs sprechen – denn diese damaligen Schülerinnen und Schüler seien ebenfalls längst nicht mehr dort, ausser sie seien 14 Jahre lang sitzen geblieben.

Es gehe beim Postulat nicht nur um den Mittagstisch – es gehe auch um die Pausen. Wie Maxim Morskoi gesagt habe, hole man sich zum Mittagessen etwas beim Dönerstand. Aber man müsse auch in der Pause einen gesunden Snack haben. Ein gesunder Snack, wie ihn ein Automat anbieten könne, sei möglicherweise nicht das lukrativste Angebot über Mittag – aber über den Tag verteilt mit mehreren Pausen doch eine sinnvolle Ergänzung.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 05. JUNI 2025

GESCH.-NR. 2025-0832
BESCHLUSS-NR. 2025-80

Die Lehrpersonen bei der Überlegung mitzudenken, halte er nicht für dreist – er wisse nicht, was daran dreist sein solle. Er selbst habe ebenfalls in einem Unternehmen gearbeitet, in dem es Verpflegungsautomaten gegeben habe – und diese seien dort sehr gut angekommen. Sie hätten Flexibilität geboten – denn natürlich sei es am besten und günstigsten, zu Hause vorzukochen. Aber jeder habe doch schon Tage erlebt, an denen man froh gewesen sei, vor Ort unkompliziert etwas bekommen zu können – und genau dieselbe Logik gelte auch hier.

Man habe nun viele Argumente gehört – dafür und dagegen. Niemand werde gezwungen, den Automaten zu nutzen, und sie seien auch nicht dafür gedacht, eine ganze Schule zu verpflegen. Es gehe vielmehr um einzelne Personen, deren Bedarf sich im Laufe der Woche oder des Monats verändere.

Er wolle nochmals betonen – wie es bereits zweimal gesagt worden sei – dass es sich um einen reinen Prüfantrag handle. Auch für seine Fraktion sei klar, dass man sich nicht in einer Zeit befinde, in der man ein Wunschkonzert an neuen Anschaffungen veranstalten könne – gerade angesichts des angekündigten Sparpakets und der «dunklen Wolken».

Doch dieser Vorstoss enthalte explizit auch den Aspekt einer möglichen Selbstfinanzierung – in einem Spektrum von 100 % bis sehr tief – und genau das wolle er geprüft haben. Wenn man dann die Zahlen kenne, könne es durchaus sein, dass gerade jene in der Mitte sagten: «Nein – wenn das so ist, lohnt es sich nicht, das können wir uns nicht leisten.»

Vielleicht aber finde man auch ein Modell, bei dem SVP und FDP sagten: «Ja, es trägt sich selbst, es kostet sehr wenig, der Mehrwert ist erheblich – das lohnt sich.» Deshalb solle man diesen Prüfauftrag zulassen.

Schliesslich gehe es um private Anbieter, die dabei Geld verdienen könnten und den Grossteil der Arbeit übernähmen – indem sie gute Offerten einreichten und aufzeigten, welche Modelle möglich seien.

Und erst dann, wenn man diese Grundlagen habe, solle man weiterdiskutieren.

DANIEL HUBER, SVP

Daniel Huber, SVP, Mitglied des Stadtparlamentes, danke Kilian für dessen Votum – er finde es sehr gut. Allerdings sei der Antrag, den die Postulantinnen hier forderen, konkret auf die Verpflegungsautomaten ausgerichtet. Ralf Antweiler unterstütze eine Prüfung, aber es gehe im vorliegenden Postulat nun einmal um Verpflegungsautomaten.
Wenn eine breite angelegte Prüfung eines allgemeinen Mittagsangebotes angestrebt werden sollte, solle der Antrag entsprechend angepasst werden. Vielleicht, so meine er, unterstütze dann auch die SVP das Vorhaben.

In dieser Form jedoch könne er den Antrag nicht mittragen.

MARKUS ANNAHEIM, SP

Markus Annaheim, SP, Mitglied des Stadtparlamentes, erwähnt, dass seine Tochter das Essen jeweils mitnehme. Es komme jedoch vor, dass keine Reste vorhanden seien – etwa weil der Vater zu wenig gekocht habe, oder aus welchem Grund auch immer. In solchen Fällen sei es dann so, dass sie in der Kantonsschule auf die Mensa zurückgreifen müsse, da es dort keine Automaten gebe. Wenn es diese Mensa nicht gäbe,

wäre es für ihn durchaus eine Option, zu sagen: Gut, sie habe ein Batch, dann könne sie sich für einmal damit ein Essen holen.

Wie er gesagt habe: Die Kantonsschule verfüge über eine Mensa, und er sei ziemlich sicher, dass diese vom Steuerzahler subventioniert werde. Deshalb stelle sich die Frage, wie viel genau und was man an dieser Stelle überhaupt machen wolle.

Und da komme nun eben der Prüfauftrag ins Spiel. Für ihn stelle sich dabei die Frage: Man habe eigentlich das Angebot erhalten – wäre man bereit, dieses anzupassen? Das sei heute alles möglich, man könne einen Unterbruch machen, man könne den Antrag auch auf ein erweitertes Verpflegungsangebot anpassen.

Und dann solle man dies prüfen – mit Fokus auf die Automaten, selbstverständlich, weil dies vermutlich eine eher einfache und naheliegende Variante sei – aber eben, es wäre eine Variante.

Der Parlamentspräsident stellt nach entsprechender Anfrage fest, dass sich seitens des Plenums die Diskussion erschöpft hat und demnach kein Parlamentsmitglied das Wort mehr zu begehren wünscht. Folglich kann zur Beschlussfassung bzw. zur Frage der Postulatsüberweisung übergeleitet werden, vgl. Art. 42 Abs. 5 GeschO STAPA.

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 05. JUNI 2025

GESCH.-NR. 2025-0832
BESCHLUSS-NR. 2025-80

ABSTIMMUNG
zu Dispositivziffer 1

DAS STADTPARLAMENT

BESCHLIESST:

1. Das Postulat Simone Wegmann, Mitte, Melanie Haas, Mitte, und Mitunterzeichnende, betreffend Verpflegungsangebot in Sekundarschulen, wird dem Stadtrat zur Beantwortung bzw. Berichterstattung überwiesen.
2. Der Stadtrat hat dem Stadtparlament eine Vorlage in Anwendung von Art. 43 Ziff. 1 GeschO STAPA innert 12 Monaten, spätestens bis 5. Juni 2026, zu unterbreiten.
3. Gegen diesen Beschluss ist das Referendum ausgeschlossen.
4. Gegen diesen Beschluss kann gestützt auf § 21a ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRG) wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs in Stimmrechtssachen beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, erhoben werden.
5. Im Übrigen kann gegen diesen Beschluss gestützt auf § 19 ff. VRG wegen Rechtsverletzungen, unrichtiger oder ungenügender Feststellung des Sachverhaltes oder Unangemessenheit der angefochtenen Anordnung innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat Pfäffikon, Hörnlistrasse 71, 8330 Pfäffikon, schriftlich Rekurs erhoben werden.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
   a. Abteilung Bildung
   b. Abteilung Präsidiales (Geschäftsakten)

Obgenannter Beschluss kam bei der Abstimmung zur Beschlussziffer 1 mit 19 : 9 Stimmen zu Stande.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Stadtparlament Illnau-Effretikon

Marco Steiner
Parlamentssekretär

Versandt am: 06.06.2025